

# Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



## Bildungsgerechtigkeit

Wie kann die Chancengleichheit in der Schul- und Berufsausbildung sowie im Studium gefördert werden?

Wie und für wen wollen Sie sich als Bundespolitiker einsetzen?



Die Parteien antworten ...



**SPD**

### SPD

Die erste Bildungseinrichtung eines Kindes ist die Kita und da muss Chancengleichheit durch Ausbau der frühkindlichen Bildung und durch beitragsfreie Gestaltung auch anfangen. Ebenso braucht es eine Ausweitung der Ganztagsangebote für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. Durch eine Bundesinitiative wollen wir Chancengleichheit und Schulsozialbildung fördern und den Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfer\*innen an jeder Schule bereitstellen.

Mit einem neuen, existenzsichernden und automatisch ausgezahltem Kindergeld wollen wir finanziell zur Chancengleichheit beitragen, da sich die Höhe des Geldes nach Unterstützungsbedarfs der Familie richten würde – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Das BAföG soll wieder mehr junge Menschen erreichen. Dafür wollen wir die Förderansprüche ausweiten und schrittweise zum Vollzuschuss zurückkehren. Durch die Basisabsicherung des neuen Kindergeldes für alle bis zum Alter von 25 Jahren wird das BAföG elternunabhängiger. Wir wollen mehr Perspektiven für mehr Menschen: BAföG und Aufstiegs-BAföG sollen besser aufeinander abgestimmt werden, Altersgrenzen im BAföG aufgehoben werden und ein Neustart-BAföG eingeführt werden, damit auch Menschen im Erwachsenenalter neue berufliche Wege einschlagen können. Bezahlbare Wohnheimangebote für Auszubildende und Studierende wollen wir ausbauen und das Jugendwohnen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe für Menschen bis 27 Jahre ermöglichen. (Dirk Wiese)



**FWG**

### FWG

Wissen ist der einzige Rohstoff, der sich stetig vermehren lässt, und bildet dabei eine der zentralen Ressourcen in unserem Land. Daher sind neben der schulischen Bildung auch die berufliche und akademische Aus- und Weiterbildung wichtiger denn je. Neben dem rein akademischen Wissen ist aber auch die Persönlichkeitsbildung ein zentraler Bestandteil unserer Zielsetzung. Das föderale System in unserem Schulwesen hat sich bewährt, da es regionale und historische Gegebenheiten aufgreifen kann und darauf eingeht. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Der Bund muss darauf hinwirken, dass kein Bundesland abgehängt wird und sich alle Länder zukunftsorientiert weiterentwickeln können. Um dies sicherzustellen, fordern wir genügend Personal an Schulen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Betreuungsschlüssel müssen stetig hin zu kleineren Lerngruppen verbessert werden.

Die wichtigsten Themen in der Bildung sind für mich:

- Frühkindliche Bildung stärken, gleiche Chancen für alle Kinder
- Bundesweit einheitlicher Bildungsstandard
- Klare Strukturen im bundesweiten Bildungssystem
- Aufwertung der beruflichen Bildung, lebenslanges Lernen fördern
- Unbürokratisches, elternunabhängiges BAföG
- Teilzeit- und duale Studiengänge fördern

(Sebastian Vielhaber)

# Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



## Bildungsgerechtigkeit

Wie kann die Chancengleichheit in der Schul- und Berufsausbildung sowie im Studium gefördert werden?

Wie und für wen wollen Sie sich als Bundespolitiker einsetzen?



Die Parteien antworten ...



### Bündnis 90 Die Grünen – TEIL1

Ein gutes Bildungssystem ist ein Schlüssel für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch von der Familie, dem Namen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Die soziale Spaltung muss durch gezielte Investitionen des Bundes überwunden werden. Da die Weichen für gute Bildung am Anfang gestellt werden, müssen in KiTas und in den Primarbereich auch die meisten Ressourcen fließen, um mehr Plätze zu schaffen und um den Sanierungsstau zu beheben.

Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt, denen wir unsere Kleinsten anvertrauen z.B. bei den Betreuungsschlüsseln. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir für faire Ausbildungsvergütungen für Erzieher:innen, Lehrkräfte und andere Pädagog:innen im Bildungssystem und in der Jugendhilfe, Weiterbildungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen sorgen, dabei darf die Ausbildung zum Erzieher:innenberuf nicht am Schulgeld scheitern.

Um den Mangel an pädagogischen Fach- und Lehrkräften mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern.

Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch multiprofessionelle Teams, zeitgemäße barrierefreie Raumkonzepte mit genügend Platz für vielfältige und inklusive Lernformen mit einem Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Vereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Derartige Kooperationen wollen wir finanziell unterstützen.

Der Anspruch auf Integrationshilfe muss überall gelten – über die individuelle Hilfe oder über eine Poollösung, gleich ob in der Ganztagschule oder bei Hortangeboten durch die Jugendhilfe. Die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Integrationshelfer:innen sollen ihre anspruchsvollen und verantwortungsvollen Tätigkeiten widerspiegeln. Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg.

Unsere Bildungswege müssen flexibel und durchlässig sein. Dem Trend, dass eine wachsende Zahl von Schüler:innen ohne Abschluss die Schule verlässt, wollen wir entgegenwirken. Alle Studierenden, die durch die Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sollen im Rahmen einer Nothilfe über das BAföG Unterstützung erhalten. Studienkredite halten wir aufgrund des Verschuldungsrisikos für kein geeignetes Unterstützungsmittel.

...

# Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



## Bildungsgerechtigkeit

Wie kann die Chancengleichheit in der Schul- und Berufsausbildung sowie im Studium gefördert werden?

Wie und für wen wollen Sie sich als Bundespolitiker einsetzen?



Die Parteien antworten ...



### Bündnis 90 Die Grünen – TEIL 2

...

Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des Übergangssystems. Wir wollen mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer anerkannten Ausbildung ermöglichen und das Recht auf Ausbildung absichern. Dafür fördern wir verstärkt Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche Ausbildungen. Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. So kann es gelingen, dass Betriebe ermutigt werden, weiterhin und verstärkt auszubilden und junge Menschen – gerade in ländlichen Regionen – erhalten eine Bleibeperspektive. Mit dem Ausbau und der Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützen. Einzelne Ausbildungsbausteine sollen als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden können, damit keine Leistung auf dem Weg zum vollwertigen Berufsabschluss verloren geht. Zudem wollen wir uns bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass Prüfungen in leichter Sprache vermehrt möglich gemacht werden.

Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf gute Beratung und in der Anfangsphase ihrer Ausbildung eine gute Betreuung aus einer Hand und unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender Jugendberufsagenturen. Wir werden die Berufsberatung und die Leistungen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung bis zur beruflichen Ersteingliederung bündeln und gemeinsam mit der Arbeitsagentur stärken. Deshalb setzen wir uns für eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Ausbildungsvergütungen ein.

Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund flexibilisieren und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei Ausschreibungen der Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme genauso wie die Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen.

Ausbildung und Studium sind Zeit Neues zu entdecken. Deshalb sollen mehr Auslandsaufenthalte für Auszubildende und Studierende ermöglicht werden. Ebenso wollen wir Studium und Ausbildung für Menschen aus dem Ausland erleichtern. Wir unterstützen die Aufstockung der europäischen Förderprogramme wie ERASMUS+ und möchten, dass mindestens 10 Prozent der Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt antreten können. Wir wollen das BAföG neu aufsetzen und zu einer alters- und elternunabhängigen Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden umbauen. Sie soll in einem ersten Schritt aus einem Garantiebetrag und einem Bedarfszuschuss bestehen, der den Gesamtbetrag im Vergleich zum heutigen BAföG substanzial erhöht und dem Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. (Maria Tillmann)

# Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



## Bildungsgerechtigkeit

Wie kann die Chancengleichheit in der Schul- und Berufsausbildung sowie im Studium gefördert werden?

Wie und für wen wollen Sie sich als Bundespolitiker einsetzen?



Die Parteien antworten ...



### FDP

Dass der Bildungserfolg der Kinder bis heute maßgeblich vom Geldbeutel der Eltern abhängt, ist der vielleicht größte gesellschaftliche Skandal in Deutschland. Für uns Freie Demokraten steht fest: die Chance zum sozialen Aufstieg hängt mehr denn je von Bildung ab.

Dazu wollen wir, dass Bund und Länder sich in einem Staatsvertrag verpflichten, 1% der bestehenden Mehrwertsteuer zusätzlich in Bildung zu investieren. Das sind 2,5 Milliarden Euro.

Des Weiteren wollen wir „Bildungsgutscheine“ für jedes Kind und einen „German Dream“- Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozio-ökonomischen Status. Das erfolgreiche NRW-Konzept der Talentschulen wollen wir in ganz Deutschland etablieren.

Schließlich wollen wir verpflichtende Sprachtests ein Jahr vor der Einschulung, damit etwaige Sprachdefizite rechtzeitig durch zielgerichtete Förderung ausgeglichen werden können. (Carl-Julius Cronenberg)

Die **PARTEI**

### Die Partei

Wir gehen davon aus, dass der Bildungsprozess aller Leser dieser Zeilen bereits abgeschlossen ist. Daher sehen wir hier keinen Erläuterungsbedarf. #Uroma #Uropa (Andreas Hövelmann)

**CDU** Herr Merz steht hinter den Forderungen im gemeinsamen Wahlprogramm der Union, Antworten des Parteivorsitzenden Armin Laschet oder von Generalsekretär Paul Ziemiak sind auch für ihn repräsentativ.

**DIE LINKE.** Trotz Nachfrage haben wir leider keine Rückmeldung der Partei erhalten.

Über die schriftlichen Rückmeldungen der Parteien hinaus haben einige Kandidat\*innen auch Kontakt mit uns aufgenommen und das persönliche Gespräche gesucht bzw. Einrichtungen aufgesucht: Friedrich Merz (CDU) mit Christian Stockmann (Caritasverband), Maria Tillmann (Die Grünen) war zu Besuch im Lettershop (heftzwecke), Carlo Cronenberg (FDP) besuchte die Integrationsfirma sowie die Werkstatt Neheim und Dirk Wiese (SPD) war zusammen mit dem Staatssekretär Stefan Zirke im Mehrgenerationenhaus zu Besuch.